

Wie der Frühling und Sommer wird.

Die jetzigen schönen Frühlingstage, die ungewöhnlich frühzeitig das Erwachen des Venzes verkünden, lassen die Frage angebracht erscheinen, wie die Aussichten für den kommenden Frühling und den Sommer sind. Ueber diese Frage lassen sich nicht nur Vermutungen anstellen, sondern es gibt ganz bestimmte Anhaltspunkte, die für das kommende Wetter und für die Gestaltung der kommenden Jahreszeiten maßgebend sind. Bisher war der Monat Februar durchschnittlich um 3 Grad wärmer als die Normaltemperatur dieses Monats. Ein warmer Februar aber hat stets schöne Frühlingstage und einen recht warmen Sommer zur Folge. Während im vorigen Jahre der Februar noch vollkommen den Charakter des Winters hatte und sogar noch die Monate März und April einen durchaus winterlichen Anstrich hatten, liegt die Temperatur des diesjährigen Februars ungefähr auf der Höhe der Temperatur Ende April 1909. Die ungewöhnlich kalten Wintermonate 1908/09 ließen einen sehr kalten Frühling erwarten, in dessen Gefolge wieder ein kalter und regnerischer Sommer wahrscheinlich war. Auf der anderen Seite aber waren sehr milde Winter, wie die der Jahre 1857, 1874, 1882, 1903, stets von schönen Frühlingstagen und warmen Sommertagen begleitet.

Das Jahr 1903 hatte, wie das gegenwärtige, einen ungemein milden Winter und einen sehr frühzeitigen Frühling, der schon im März voll einsetzte. Ebenso, wie wir im Jahre 1903 sehr günstiges Frühling- und Sommerwetter hatten, so ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß auch der Frühling des Jahres 1910 nicht nur rechtzeitig beginnen wird, sondern daß er uns auch einen vollen Ersatz für den völligen Ausfall des Frühlings im Jahre 1909 bringen wird. Die augenblicklich herrschende Frühlingstemperatur ist natürlich noch nicht die endgültige, da dann der Februarmonat 1910 eine sehr seltene Erscheinung wäre. Es ist anzunehmen, daß auf die warmen Tage noch eine Abkühlung und vielleicht noch Schnee und Frost folgen werden. Aber es ist sicher, daß diese Rückschläge nur von sehr kurzer Dauer sein werden, ohne den Charakter der Witterung im Allgemeinen ungünstig zu beeinflussen. Man wird vielmehr nach den bisherigen Feststellungen von wissenschaftlicher Seite folgende Uebersticht aufstellen können:

Der Februar wird seinen Charakter als milden Monat bewahren. Der März wird in seiner zweiten Hälfte uns den Eintritt des Frühlings bringen, und der Monat April wird voraussichtlich dem April des Jahres 1906, der bekanntlich einer der wärmsten Aprilmonate war und uns Hochsommertemperaturen brachte, nichts nachgeben. Für den Monat Mai wird vielleicht eine geringe Abkühlung vorauszusagen sein, während hingegen die folgenden Sommermonate uns viel Sonnenschein und Hitze bringen werden. Der Grund hierfür liegt in dem Umstande, daß in gewissen Zeiträumen die Erde erfahrungsgemäß eine bestimmte Anzahl von schönen Tagen bezw. eine bestimmte Dauer von Sonnenschein aufzuweisen hat. Diese Prozentziffern sind fast konstant und schwanken nur in sehr geringem Umfange. Da aber das Vorjahr hinter dieser Zahl bedeutend zurückblieb, so wird nach den bisher beobachteten Naturgesetzen dieses Jahr einen Ausgleich bringen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 22. Februar. Die Zweite Kammer erledigte heute zunächst verschiedene Kapitel des Rechnungsbereiches, den Kultusetat betreffend, und genehmigte nachträglich die vorgekommenen Etatsüberschreitungen. Bei den Kapiteln Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, evangelisch-lutherisches Landeskonfessionarium und katholisch geistliche Behörden stimmten die Sozialdemokraten gegen die Bewilligung der Ueberschreitungen. Es fand dann die Schlußberatung über Kapitel 98 des Etats und die hierzu eingegangene Petition des Landeskirchenvorstandes der deutsch-katholischen Gemeinden Sachsens statt, welche bittet, die früher gewährte Subvention von 5000 M ihm wieder zu gewähren. Die Deputation beantragt, bei Kapitel 98 1050 M Ausgaben zu bewilligen. Die Petition aber auf Grund des von der Regierung vorgelegten amtlichen Materials auf sich beruhen zu lassen. Abg. Dürr (Freis.) beklagt es, daß die Kinder evangelisch-reformierter Eltern nicht zu dem Volksschullehrerberuf zugelassen würden, es sei denn, sie bewirkten Uebertritt zu der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Im neuen Volksschulgesetz möge die Regierung diese Ungerechtigkeiten beseitigen und den Religionsgemeinschaften gegenüber tolerant verhalten. Abg. Roth (Freis.) erklärt, daß seine Parteifreunde gegen das Deputationsvotum bezüglich der Petition stimmen würden. Abg. Lange (Soz.) bemerkt, daß die Stellung seiner Parteifreunde zur Religion bekannt sei und ergeht sich dann in Ausführungen über die Frage der Trennung der Kirche vom Staat. Redner bedauert, daß in Sachsen, dem Mutterlande der Reformation, heute so kleinlicher und finstlicher Geist herrsche. Kultusminister Dr. Beck weist die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe zurück und meint, die Regierung würde keinen Augenblick zögern, den Deutschkatholiken die früher gewährten Beiträge wieder zuzuwenden, wenn sie noch auf den Glaubenssagen ständen, auf Grund deren sie im Jahre 1848 als christliche Kirche in den Staatsverband aufgenommen wurden. Das sei aber nicht der Fall. Wenn von dem Abg. Roth ebenso wie neulich im Reichstage gelagert worden sei über die Unterdrückung anderer Konfessionen in Sonderheit der Katholiken, so berufe er sich auf das Wort des sächsischen Bischofs, das auch den Standpunkt der Regierung kennzeichne, daß nämlich die katholische Kirche in Sachsen mit Wohlwollen innerhalb der Schranken der Gesetze und der Verfassung behandelt würde. Abg. Roth (Freis.) entgegnet dem Minister, man müßte eigentlich konsequent sein und die Deutschkatholiken, wenn man ihnen die staatliche Unterstützung verjage, auch nicht mehr als christliche Kirche ansehen. Abg. Dr. Mangler (Kons.) meint, die Deutschkatholiken hätten mit dem Christentum fast nichts mehr zu tun. Sie könnten darum in bezug auf Gewährung von Staatsmitteln auch nicht anders gestellt werden, als andere Sekten. Die Kammer beschließt hierauf dem Antrage der Deputation gemäß. Weiter steht zur Beratung eine Petition des ehemaligen Seizers Moritz Franke in Freiberg, um Gewährung einer Rente oder laufenden Unterstützung aus Staatsmitteln. Der Petent war 8 Jahre Seizer am Kgl. Gymnasium in Freiberg tätig und hat dort einen Unfall erlitten, sodaß er seinem Beruf nicht mehr nachgehen kann. Nach Befürwortung der Petition durch Abgeordneten Schönfeld (Kons.), Sindermann und Frähdorf (Soz.) und die Zusage des Ministers Dr. Beck, daß die Regierung, die anlässlich der Beratung der Petition angeregten Fragen wohlwollend prüfen werde, beschließt die Kammer einstimmig, die Petition, soweit sie darauf gerichtet ist, dem Petenten eine Rente zu gewähren, auf sich beruhen zu lassen, soweit sie sich aber darauf bezieht, dem Petenten eine laufende Unterstützung zu gewähren, der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Ueberdies aber auch die Regierung zu eruchen, dafür besorgt zu sein, daß diejenigen Personen, die vom Staate beschäftigt werden, ohne pensionsberechtigt zu sein, gegen die Folgen eines Unfalles, sei es durch Versicherung oder auf andere Weise, mindestens in dergleichen Höhe sichergestellt werden, wie die nach dem Reichsgesetz gegen Unfall Verfallenden. Es werden ferner ohne Debatte bei Kapitel 107 und 108 des ordentlichen Etats für 1910/11 betreffend Wartegelder und Pensionen die Einnahmen und Ausgaben bewilligt. Es folgen schließlich die Kapitel 11, 12 und 13 betreffend staatliche Hütten- und Erzbergwerke bei Freiberg und Blausäurewerk Oberslema. Abg. Braun (Nat.) verwendet sich dafür, daß in den Etat Mittel eingestellt werden, um den Arbeitern einen jährlichen Urlaub zu bewilligen. Abg. Schmidt (Kons.) spricht die Hoffnung aus, daß der Hüttenbetrieb in der jetzigen Ausdehnung ohne Einschränkung noch auf unabwehrbare Zeit weitergeführt werde könne. Den nicht mehr unterzubringenden Bergarbeitern müsse eine Unterstützung bewilligt werden. Abg. Wittig (Kons.) und Braune (Soz.) verwenden sich in ähnlichem Sinne zu Gunsten der Arbeiter. Nach weiterer unerheblicher Debatte werden die Kapitel nach den An-

trägen der Deputation genehmigt. Die dazu vorliegenden Petitionen bleiben auf sich beruhen. Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 10¹/₂ Uhr: Etats- und Rechnungssachen.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch stand zunächst die erste Lesung des Reichscontrollgesetzes, das vom Reichssekretär Vermuth empfohlen wurde. Er wies begründend auf den großen Umfang der Arbeiten des Rechnungshofes hin. Das Bewußtsein, daß jede Rechnung geprüft werden kann, müsse in der Beamenschaft aufrecht erhalten werden. Die Abgg. Gräbe (natl.), Nacken (Str.), Febr. v. Camp (Rp.) und Febr. v. Richterhofen (Kons.) stimmten im allgemeinen dem Entwurf zu, der danach der Budgetkommission überwiesen wurde. Es folgte die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Erster Redner zu diesem Punkte war der Abg. Graf Carmer-Zieferwih (Kons.). Nachdem er die baldige Einführung der Pensionsversicherung für Privatbeamte gefordert hatte, wandte er sich dem Koalitionsrecht zu, das eine Resolution auch für Landarbeiter fordert. Davon könne keine Rede sein. Die Verhältnisse auf dem Lande seien ganz andere als in der Industrie. Wenn die Landarbeiter das Recht haben, zu streiken, dann würde die Landwirtschaft sehr schwerlich geschädigt werden. Der Landarbeiter habe gar kein Interesse am Koalitionsrecht. Man würde nur einen Keil in das gute Verhältnis zwischen Arbeiter und Gutsbesitzer treiben. Eine Verkürzung der Ruhezeit der Volkereiarbeiterinnen sei notwendig, damit an ihre Stelle nicht männliche Arbeiter treten. Das Automobilgesetz müsse energisch durchgeführt werden. Abg. Sirefemann (natl.) erklärte, für eine praktische Sozialpolitik stets eingetreten zu wollen. In längerer Rede ging Staatssekretär Dr. Delbrück auf die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Zustände ein. Die Schutzpolitik sei begonnen worden, um eine leistungsfähige Industrie und Landwirtschaft zu erhalten. So lange sich Handel und Wandel erfreulich entwickeln und in Krisen sich widerstandsfähig erhalten, werde niemand an eine Abkehr von der gegenwärtigen Schutzpolitik denken. Er besprach dann eingehend die handelspolitischen Beziehungen zu Amerika, Schweden, Kanada und erklärte weiter, daß erst nach Erledigung der Reichsversicherungsordnung an eine Privatbeamtenversicherung gegangen werden könne. Abg. Brejski (Pole) brachte Beschwerden über die Behandlung der polnisch sprechenden Bevölkerung. — Darauf verlegte sich das Haus.

Aus aller Welt.

Köln, 23. Februar. (Selbstmord.) Weil er das Diplomexamen nicht bestanden hatte, schoß sich der Handelshochschüler Thomas, Sohn eines hiesigen Restaurateurs, eine Kugel in die Herzgegend. Er wurde operiert, starb aber nach 20stündigem Leiden. Der Verstorbene war sehr ehrgeizig. Die Tat ist umso rätselhafter, als das Diplom vorläufig kaum einen praktischen Wert hat.

Berlin, 23. Februar. (Ein Bühnenunfall.) Während der Probe zu den „Räubern“, die heute im Neuen Schauspielhaus stattfand, ereignete sich ein Unfall. Um 1¹/₄ Uhr löste sich eine Verankerung, auf der sich etwa 15 Statisten befanden. Von diesen wurden einige in die Tiefe gerissen, ohne jedoch Schaden zu nehmen.

Bern, 23. Februar. (In den Bergen verunglückt.) In den Appenzeller Bergen ist ein gewisser Naegeli von Hundwil, der seit Monatsfrist vermißt wird, in einer Schneewehe als Leiche aufgefunden worden.

Bern, 23. Februar. (Von einer Lawine verschüttet.) Die drei am großen St. Bernhard vermißten Wanderer wurden von den Mönchen des Hospizes mit ihren Bernhardinerhunden als Leichen in einer Lawine aufgespürt und ausgegraben.

Paris, 23. Februar. (Steigen der Seine.) Die Seine ist in den letzten 24 Stunden um 25 Zentimeter bis heute mittag gestiegen. Man erwartet ein weiteres Steigen um 25 Zentimeter bis heute abend.

London, 23. Februar. (Ein Dampfer untergegangen.) An der irischen Küste ist der Dampfer „Odo“ aus Hagesund untergegangen. Zwölf Rettungsringe und viele Schiffstrümmer wurden ans Land getrieben. Es wird befürchtet, daß von der Besatzung acht Personen ertrunken sind.

Wien, 23. Febr. (Das Befinden Dr. Luegers.) Der Zustand des Bürgermeisters Dr. Lueger ist heute stationär, die akute Lebensgefahr besteht fort.

Vermischtes.

* (Eine Lektion über das Grüßen.) Eine wohlverdiente Lektion erteilt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hofmann in Saalfeld (Sachsen-Meinungen) einem Fortbildungsschüler, der sich an ihn in Sachen einer Maßregelung gewandt hatte, im Briefkasten des „Volkswortes“. Er schreibt: „Sie richten an mich die briefliche Anfrage, ob Sie erlauben, Ihren Lehrer zu grüßen! Hier die Antwort: Jeder anständige Mensch grüßt, wenn er einen anderen trifft, den er kennt; und er grüßt ihn auf alle Fälle zuerst, wenn er der Ältere ist. Sie als Fortbildungsschüler haben also, wollen Sie sich nicht von ollen anständigen Menschen der Ungezogenheit zeihen lassen, in erster Linie die Pflicht, Ihren Lehrer zu grüßen. Was der Mann Ihnen eine schlechte Zensur, so wird er dazu berechtigt gewesen sein, denn die Orthographie Ihres Briefes läßt vermuten, daß Sie auch in anderen Fächern nicht gerade ein Held sind. Eine gute Schulbildung aber ist in den allermeisten Fällen die beste Grundlage für die spätere Existenz. Machen Sie also Ihren Lehrern, die Ihr bestes wollen, den Beruf nicht noch extra schwer. Sie sind noch zu jung, um die Tragweite Ihrer Handlungen ermessen zu können; später werden Sie über Ihre heutigen Anmaßungen, die Ihnen das Leben verbittern und vereiteln, anders denken. Ein Junge in Ihrem Alter soll kein Traumbuch, er darf aber auch kein Frechling sein. Wer gegen den Lehrer sich unbotmäßig betragt, ist auch in der Familie kein guter Sohn. Richten Sie also künftig Ihr Verhalten so ein,

Die deutsche Landwirtschaft in der Statistik.

Anlässlich der Tagung des Bundes der Landwirte im Circus Busch in Berlin dürften einige Daten über den gegenwärtigen Stand der deutschen Landwirtschaft interessieren. Wie unsere graphische Darstellung leicht erkennen läßt, gibt es weniger ganz kleine Betriebe bis zu einem Hektar, als mittlere von 1 bis 50 Hektar Größe. Viel geringer ist natürlich noch die Zahl der großen und größten Landgüter. Die von all diesen landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete Fläche von zusammen 43,106,481 Hektar ist zur größeren Hälfte Ackerland. 6,805,441 Hektar sind mit Wiesen und Weiden bedeckt; der Flächeninhalt der deutschen Wälder ist etwas größer, nämlich 7,679,759 Hektar. Auf das Gartenland entfallen 481,722 Hektar, auf das den Weinkulturen geordnete Land 115,363 Hektar, auf das Oedland, Unland und die Haus- und Hofräume 3,591,849 Hektar. Von den 2,450,000 deutschen Landwirten Deutschlands umfaßt die mächtigste agrarische Organisation des Reiches, der Bund der Landwirte, etwa 300,000, also etwas weniger als ein Achtel; immerhin eine sehr stattliche Zahl.

